Münchner Merkur

MÜNCHNER ZEITUNG MITTWOCH, 12. JULI 2017

NR. 158 | € 1,90 ÖSTERREICH € 2,20 | ITALIEN € 2,20

Heute mit dem großen Kfzund Stellenmarkt für München und Oberbayern!







MÜNCHEN

Mehr Beton, weniger Grün

Im Kampf gegen die Wohnungsnot will die Stadt die Richtwerte für beim Wohnungsbau benötigte Grünflächen ändern. Konkret geht es darum, weniger Grün pro neu gebauter Wohnung vorzuschreiben. Schon bisher habe man vielfach Ausnahmen zugelassen, nun wolle man dies festschreiben, so die Begründung der Verwaltung. Was die Neuerung im Detail bedeuten würde, und warum sie nicht nur auf Zustimmung stößt, lesen Sie im München-Teil

Kampf gegen Isar-Griller

Seit vielen Jahren kämpfen Anwohner der Grillzone rund um den Flaucher für eine ruhige und saubere Isar. Zwei von ihnen haben eine Petition im Bayerischen Landtag eingereicht. Sie wollen die Grillzone verkleinert sehen. Heute ist ein Ortstermin mit Vertretern des Landtags und der Stadt anberaumt. Auch andere gehen auf die Barrikaden: Ein Anwohner erwägt sogar, die Stadt zu verklagen (München).

SPORT



FC Bayern holt James

Der FC Bayern hat einen Transfer-Coup gefeiert. James Rodriguez kommt auf Leihbasis für die nächsten zwei Jahre von Real Madrid. Für den Kolumbianer, der heute 26 wird, sind zehn Millionen Euro Gebühr fällig. Nach Ende des Leihgeschäfts gibt es die Option, ihn für rund 40 Millionen ganz zu übernehmen. James ist der Wunschspieler von Carlo Ancelotti, die beiden kennen sich bereits aus Madrid.

WETTER

Vormittag

Nachmittag





WELTSPIEGEL

Weniger Scheidungen

Im Jahr 2016 sind in Deutschland 162 397 Ehen geschieden worden, das sind knapp 1000 oder 0,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Den Scheidungen ging in den meisten Fällen eine vorherige Trennungszeit der Partner von einem Jahr voraus (82,6 Prozent), wie das Statistische Bundesamt mit-

POLITIK

Trump jr. und die Russin

Der Sohn von US-Präsident Donald Trump hat 2016 eine russische Anwältin getroffen, obwohl ihm signalisiert worden war, dass deren Informationen über Hillary Clinton angeblich von der russischen Regierung stammten.

Kundenservice (089) 5306-222





Wer den Wind erntet

Statt Sonne auf den Bauch gab's gestern Wind ins Gesicht - oder ins Segel. Hier auf dem Ammersee bei Herrsching (Kreis Starnberg) kam die kleine Hitzepause jedenfalls ziemlich gut an. Bei wolkigem Himmel wagten sich einige Windsurfer raus aufs Wasser und nahmen jede noch so kleine Brise mit. Für heute sagt der Deutsche Wetterdienst wieder Wind vorher, am Abend soll es im südlichen Bayern stark regnen. Das treibt dann selbst härteste Windsurfer vom Wasser.

FOTO: CHRISTOF STACHE/AFP



Bierbichler beendet "Mittelreich"-Dreh

Heute fällt am Chiemsee die letzte Klappe bei den Dreharbeiten zu "Mittelreich", der Verfilmung des gleichnamigen Familienromans von Josef Bierbichler. Der 69-Jährige spielt die Hauptrolle und gibt mit der Produktion zudem sein Debüt als Kino-Regisseur. Wir haben ihn beim Dreh besucht. » KULTUR

Merkur.de

Unsere Themen im Internet Video enthüllt: So wird mit Ihrem Gepäck am Flughafen

umgegangen ■ Video: 1860 vor Ligastart

170 Ermittler jagen G20-Täter

Sonderkommission in Hamburg - SPD attackiert Merkel: Für Gipfelort verantwortlich

Hamburg/Berlin - Die Krawalle rund um den G20-Gipfel in Hamburg rücken immer mehr in den Mittelpunkt des Bundestagswahlkampfs. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) warf der Union "ein bisher nicht gekanntes Maß an Verlogenheit" in der Diskussion über die Krawalle vor. Die Vorwürfe gegen den Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) seien ungerecht: "Wer seinen Rücktritt will schon die Forderung halte ich für völlig unangemessen -, der muss auch den Rücktritt von Angela Merkel fordern", so Gabriel.

Die Kanzlerin trage die Verantwortung für die Wahl des Gipfelorts. Sie habe damit das "heimliche Ziel" der Selbstinszenierung kurz vor der Wahl verfolgt, warf der Stellvertreter Merkels der Kanzlerin vor. Politisch nannte Gabriel den G20-Gipfel mit Blick auf "die großen Fragen der Menschheit" wie Krieg, Bürgerkrieg, Flucht, Hunger und Armut einen "totalen Fehlschlag".

Auch Martin Schulz verwahrte sich mit heftigen Worten gegen Attacken aus der Union. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) solle sich seine "dummen Sprüche" sparen, sagte der SPD-Kanzlerkandidat während eines München-Besuchs. Der Minister hatte der SPD einen zu nachsichtigen Umgang gegenüber Linksextremisten unterstellt.

Derweil geht die Aufarbeitung der Krawalle weiter: Rund 170 Beamte aus ganz Deutschland sollen in einer Sonderkommission die Gewalttaten am Rande des Gipfels aufklären. "Jetzt geht es darum, weitere Täter der Gewaltexzesse zu identifizieren, damit sie ihrer gerechten Strafe zugeführt werden können", sagte Polizeipräsident Ralf Martin

Meyer in Hamburg. Es gebe viele Hinweise aus der Bevölkerung auf mutmaßliche Straftäter. So seien allein 2000 Bild-Dateien eingegangen. Die Polizei selbst habe etwa 100 Stunden Beweisvideos gedreht.

Die Polizisten aus Bayern, die in Hamburg im Einsatz waren, erhalten drei Tage Sonderurlaub. Außerdem können sie sich ihre Überstunden auszahlen lassen, beschloss das Kabinett gestern in München. Um den Beamten für den "schwierigen und vorbildlichen Einsatz" zu danken, soll es zudem einen Empfang geben.

Tarifeinheit bleibt bestehen

Karlsruhe - Das Tarifeinheitsgesetz von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) bleibt in Kraft. Trotz strittiger Punkte hat das Bundesverfassungsgericht die Klagen mehrerer Gewerkschaften gegen die Regelung abgewiesen. Das Gesetz sieht vor, dass bei konkurrierenden Tarifverträgen in einem Betrieb nur der Abschluss der mitgliedsstärksten Gewerkschaft gilt. Allerdings forderten die Karlsruher Richter den Gesetzgeber auf, einen Ausgleich zwischen kleinen und großen Gewerkschaften zu schaffen, damit die Interessen kleiner Berufsgruppen nicht unter den Tisch fallen.

» KOMMENTAR, WIRTSCHAFT

· · DIE KURIOSE NACHRICHT · · · ·

Tierisch

Ein Papagei hat in Aachen einen Polizei-Einsatz ausgelöst. Nachbarn hatten die Ordnungshüter gerufen, weil aus einer Wohnung Schreie, Gepolter und üble Beschimpfungen zu hören waren. Als die Polizisten eintrafen, kam ihnen ein Mann mit blutender Unterlippe entgegen. Die Verletzung habe ihm sein Papagei während eines Streits beigebracht, berichtete der Mann. Die Ursache des Streits blieb unbekannt.

SEITE 16

Brüssel: Zehn weitere Jahre Glyphosat

EU-Kommission will Unkrautvernichter nicht verbieten – Krebs-Verdacht

Brüssel – Der umstrittene Unkrautvernichter Glyphosat soll nach dem Willen der EU-Kommission für weitere zehn Jahre in Europa zugelassen werden. Die Brüsseler Behörde hatte den Schritt bereits im Mai angekündigt, allerdings jetzt erst einen detaillierten schriftlichen Vorschlag ausgearbeitet. Die Entscheidung darüber sollen Vertreter der EU-Staaten treffen, bevor zum Jahresende die aktuelle Zulassung ausläuft.

"Zehn weitere Jahre Glyphosat sind zehn Jahre zu viel", sagte Grünen-Bundestagsabge-



Barbara Hendricks

ordnete Harald Ebner. Er forderte Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) auf, innerhalb der Bundesregierung für ein Nein zu werben. Glyphosat steht im Verdacht, Krebs zu verursa-

chen. Um mit Ja oder Nein stimmen zu können, muss sich die Bundesregierung einig sein -Hendricks hat aber Bedingungen gestellt. Einen ersten Meinungsaustausch unter den Kabinettskollegen soll es in den kommenden Tagen geben, hieß es. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte sich zuletzt klar pro Glyphosat ausgesprochen. Die Unionsparteien setzten sich dafür ein, dass die Bauern "da, wo das notwendig ist, diesen Stoff auch weiter anwenden können", hatte Merkel Ende Juni beim Bauerntag gesagt.

DIE GUTE NACHRICHT ·

Sicheres Fliegen

Die Flugsicherheit in der Weltluftfahrt erreicht laut Experten ein neues Rekordniveau. Nach einer Analyse des Hamburger Flugunfallbüros JACDEC nahm die Zahl der tödlichen Unfälle im ersten Halbjahr 2017 drastisch ab. An Bord kommerzieller Linienflüge gab es keinen einzigen Toten: Sämtliche Opfer starben bei Fracht-, Demonstrations- oder regionalen Bedarfsflügen, so die Unfallforscher.

Hartz-IV-Bezieher länger arbeitslos

...

Nürnberg – Hartz-IV-Empfänger in Deutschland sind immer länger arbeitslos. In der Gruppe der Arbeitsfähigen, die im vergangenen Jahr auf entsprechende staatliche Leistungen angewiesen waren, lag die Dauer der Arbeitslosigkeit im Schnitt bei 629 Tagen. Dies sind 74 Tage oder 13,3 Prozent mehr als im Jahr 2011, wie aus Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervorgeht. Von den knapp 6,2 Millionen Hartz-IV-Empfängern in Deutschland sind nach BA-Angaben etwa 4,4 Millionen erwerbsfähig. Diese Menschen sind nicht alle arbeitslos. Manche erhalten etwa Arbeitslosengeld II ergänzend zu ihrem Einkommen. Die Bundesagentur wies darauf hin, dass sich der Arbeitsmarkt seit 2011 positiv entwickle und davon alle Gruppen profitierten.

EU-Gericht bestätigt Schleierverbot

Straßburg – In Europa darf Frauen untersagt werden, auf der Straße einen Gesichtsschleier zu tragen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bestätigte gestern in Straßburg bereits zum zweiten Mal entsprechende Verbote (Beschwerde-Nr. 37798/13 und 4619/12). Dieses Mal ging es um ein belgisches Gesetz, das es seit Mitte 2011 untersagt, im öffentlichen Raum Kleidung zu tragen, die das Gesicht teilweise oder ganz bedeckt. Verstöße können mit einer Geldstrafe und mehreren Tagen Haft bestraft werden. Außerdem ging es um Satzungen von drei belgischen Gemeinden von 2008 mit ähnlichen Verboten. Dagegen hatten sich zwei Musliminnen gewehrt, die aus religiösen Gründen einen Gesichtsschleier (Nikab) tragen.

Felbinger verlässt Freie-Wähler-Fraktion

München – Der wegen Betrugs angeklagte Abgeordnete Günther Felbinger verlässt die Landtagsfraktion der Freien Wähler. Er werde aber weiterhin seine politischen Mandate und außerpolitischen Ämter beibehalten, teilte Felbinger gestern mit. Spekulationen der Fraktion rund um seinen Krankenstand hätten ihn zu dem Schritt bewogen. "Für mich gilt die Gesundheit als oberste Maxime und eine Gemeinschaft, die dies infrage stellt, bietet für mich keine gemeinsame Basis mehr", erklärte er. Dem Abgeordneten wird vorgeworfen, die Mitarbeiterpauschale des Landtags missbraucht zu haben. Es wird einen Prozess geben. Felbinger hatte wegen der Affäre bereits seinen Posten als bildungspolitischer Sprecher der Freien Wähler abgegeben. dor » KOMMENTAR, BAYERN

